5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Gr. Ulrichstraße 12 bis 14 bezw. Kellerstraße 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981. Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 24 (Tel. Nr. 2581) und Torstraße 7 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Jean Pelzer in Halle S.

Nummer 310 — Halle, Mittwoch den 8. November — 1916

Ein deutscher Fliegererfolg an der Somme.

Die mißlungene rumänische November Offensive. — Die Rumänen durchbrechen die Donaudämme. — Ein Loblied auf Mackensens Feldherrngenie. — Die Polen beim deutschen Kanzler.

Der amtliche österreichische Heeresbericht.

(W. T. B.) Wien, 7. November. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl:

Im Abschnitt des Börös-Torony (Roten-Turm)-Passes wurde der Feind durch umfassenden Angriff von den Höhen nördlich von Spini vertrieben, wobei er 10 Offiziere und 1000 Mann an Gefangenen zurückließ. Nordwestlich von Campolung schlug eine unserer bewährten Gebirgsbrigaden sechs rumänische Stürme ab. Südlich von Kraszna wurde dem Feind eine Höhe entrissen. Bei Toelghes haben die Russen unsere Front am Grenzgebirge in mehrtägigem zähen Kampfe um einige Kilometer zurückgedrückt.

Der Berg Vedul, östlich von Kirlibaba, wurde vor dem Maasufer der russischen Artillerie wieder geräumt.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Im Wippach-Tale und auf dem Karst kam es gestern zu keinen größeren Kämpfen. Die Lage ist unverändert. Die Italiener verhielten sich ruhig. Ihr groß angelegter Angriff der ersten Novembertage ist mißlungen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die letzten Kämpfe an der rumänischen Grenze.

London, 8. November. Die „Times" meldet aus Bukarest: Während ihres letzten Rückzuges nach ihrer eigenen Grenze kam es wiederholt zwischen den Rumänen und den Feinden zu Nahkämpfen. Als das Grenzgebirge erreicht wurde, entstand ein Kampf, der noch heute andauert. Es scheint jedoch, daß die heftigste Krise heute vorüber sei. Wegen der schweren Regenfälle hält man es nicht für wahrscheinlich, daß der Feind nun seine schwere Artillerie über das Gebirge wird bringen können, was die Rumänen allein zu fürchten hätten. Der Platzregen habe die trockenen Flußbetten in reißende Ströme verwandelt, während der Nebel, der die Karpathen in einen dunkeln Schleier hüllte, das Artilleriefeuer unmöglich machte.

Rumänische Generale wegen Feigheit degradiert.

Stockholm, 7. November. Der rumänische Kriegsminister gibt offiziell bekannt, es sei nötig gewesen, eine Reihe rumänischer Offiziere wegen feigen Verhaltens vor dem Feinde aus den Listen der Militärverwaltung zu streichen. „Durch Mitteilungen von Unermüdlichkeit ist festgestellt, daß eine Reihe Offiziere hohen Ranges den ihnen anvertrauten Aufgaben unfähig gegenüberstanden und in einer die militärische Ordnung umstürzenden Weise offen Feigheit bekundeten. Deshalb wurden General Dimitrien Dragotescu, die Majore Cheboch und Balschenscku aus den Listen des Heres gestrichen und degradiert. Die Bekanntgabe weiterer Namen folgt. Gezeichnet Bratianu und General Janovescu." (L.-A.)

Was Rumänien bis jetzt verloren hat.

(T. U.) Berlin, 7. November. Von zuständiger Stelle wird der „Post" mitgeteilt: Rumänien hat rund 60000 Mann an Gefangenen und mindestens das Doppelte an blutigen Verlusten sowie einen erheblichen Teil seiner Artillerie eingebüßt. Statt die russische Front zu entlasten und militärisch wie politisch die entscheidende Rolle im Weltkriege zu spielen, sah sich Rumänien genötigt, selbst um Hilfe zu bitten, die ihm zweifellos nur unter drückenden Bedingungen gewährt wurde. Militärisch mußte Rumänien seine Selbständigkeit preisgeben. Ein erheblicher Teil der russischen Verstärkungen trat mit dem neuen Oberbefehlshaber Sacharoff in der Dobrudscha ein. Der Rückzug der russisch-rumänischen Dobrudscha-Armee kam an den Höhen westlich und südwestlich von Babadagh, die sich bis zu 400 Meter erheben, zum Stehen.

(W. T. B.) Berlin, 7. November. (Amtlich.) In der Nacht vom 6. zum 7. November griff ein deutsches Flugzeuggeschwader französische Truppenlager in der Mulde dicht westlich des Bois Grossaire und im Bois Celestine (nördlich Cerisy an der Somme) mit Bomben an. Gute Wirkung in den Zelten und Baracken, in denen Brände ausbrachen, wurde erkannt. Ein anderes deutsches Bombengeschwader belegte in derselben Nacht den großen Munitionsbahnhof von Cery, auf dem lange Güterzüge hielten, mit Bomben. Durch zahlreiche Treffer wurde dieser Bahnhof, der den Mittelpunkt für den Munitionsnachschub der Franzosen an der Somme bildet, und die umliegenden Munitionslagerräume in Brand gesetzt, aus denen alsbald helle Flammen emporloderten. Der Brand griff auf das ganze Munitionslager über, das in ununterbrochenen Explosionen in die Luft flog. Brandstätte und Scheinwerferstellung wurde von unseren tapferen Fliegern mit Maschinengewehren beschossen. Eine riesige Rauchwolke bildete sich über der Brandstätte und machte sich noch in 2800 Meter Höhe bemerkbar. Die Explosionen der Geschosse wurden noch in St. Quentin in heftigen Erschütterungen verspürt. Der gewaltige, immer neu aufloderndes Feuerschein konnte unvermindert bis zum Tagesanbruch bemerkt werden. Durch ein anderes Flugzeuggeschwader wurde in derselben Nacht an 20 mit Russen belegten Ortschaften und Lager hinter der feindlichen Front mit Bomben angegriffen. Auch hier wurde gute Wirkung durch zahlreiche Brände festgestellt. Ebenso wurden die Bahnanlagen bei Proyart, Amiens und Longueau durch Bombentreffer beschädigt. Auf der Strecke Amiens—Pont de Metz vernichtete ein Volltreffer einer 50-Kilogramm-Bombe einen fahrenden Zug.

Die Furcht vor dem Donauübergang.

Stockholm, 7. November. Die rumänischen Zeitungen teilen offiziell mit: Da infolge des Vordringens deren feindlichen Heere in der Dobrudscha die Möglichkeit eines Ueberschreitens der Donaulinie durch den Feind sich vergrößert, hat die Oberste Heeresleitung den Befehl gegeben, die Flutdämme, welche die Donauarme durch das Sumpfgebiet leiten, zu durchbrechen. Die bedeutende Verbreiterung des Flusses wird den feindlichen Flußübergang erschweren, wenn auch nicht verhindern, und vermindert die dem Lande vom Süden drohende Gefahr. (Tel.-Ang.)

Mackensens Feldherrngenie.

Stockholm, 7. November. Das Preßbureau des Kriegsministeriums bringt durch die Independence Roumaine folgenden amtlichen Kommentar zur Lage an der transsylvanischen Front: Die Berichte der Heeresleitung erweckten den Eindruck, als ob die Kämpfe an der transsylvanischen Front abgeflaut wären. Dies ist jedoch gänzlich unzutreffend. Die Kämpfe gehen mit ungeminderter Heftigkeit weiter, nur einstweilen unentschieden. Die Lage in der Moldau hat sich verbessert. Der Andrang der Deutschen und Oesterreicher hat jedoch an keinem Frontteile abgenommen. Die herannahende Winterperiode kann keinen Einfluß auf die Operationen gewinnen. Rußkija Wjedomosti bringt sogar ein Loblied auf das Feldherrngenie Mackensens. Mackensen hätte ursprünglich nur eine defensive Aufgabe gehabt, Bulgarien gegen einen russisch-rumänischen Einfall zu schützen. Es gelang ihm jedoch durch schnelle, geschickte Manöver, mit gleichen Kräften große Vorteile zu erringen. (L.-A.)

Ein russisches Schlachtschiff untergegangen?

Budapest, 7. November. Aus Sofia wird gemeldet, daß seit zwei Tagen gerüchtweise verlautet, daß das russische Schlachtschiff „Imperatrica Maria" samt der Mannschaft untergegangen sei. Die Ursache des Untergangs wird auf eine Schiffsexplosion zurückgeführt. (L.-A.)

„Imperatrica Maria" wurde im Jahre 1913 gebaut und ist 22860 Tonnen groß.

*

Eine Polen-Deputation beim Reichskanzler.

Berlin, 7. November. Am 28 Oktober empfing der Reichskanzler im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais den Herrn Stadtverordnetenvorsteher und Rektor der Universität Warschau Brudzinski, den ehemaligen Dumaabgeordneten Exz. Lempicki, den 2. Bürgermeister von Warschau Chmielski, den Vizepräsidenten der Landschaft Dzierzbicki, Professor Samuel Dickstein, den Vorsteher des Hauptilfsausschusses Grafen Bonifacy und den Mitgutsbesitzer Prinzen Radziwill. Die Herren wurden dem Reichskanzler vorgestellt, der darauf folgende Worte an sie richtete:

Meine Herren! Ihren Wunsch, von mir empfangen zu werden, habe ich gern stattgegeben. Ich freue mich. Sie in diesem historischen Saale, der vor 40 Jahren der Schauplatz großer Ereignisse gewesen ist, begrüßen zu können und ich darf Ihnen anheimgeben, den Gedanken Ausdruck zu geben, die Sie hierher geführt haben.

Hierauf ergriff Rektor Brudzinski zur folgenden Ansprache das Wort:

Aufgefordert zur Darlegung der Wünsche der Polen, haben wir die hohe Ehre, vor Ew. Exzellenz zu erscheinen. Wir sind zwar nicht eine bevollmächtigte Vertretung des polnischen Volkes, denn eine solche zu bilden ist in der gegenwärtigen Zeit eine Unmöglichkeit, wir glauben jedoch, berechtigt zu sein, namens der polnischen Nation ihrem unerschütterlichen Bestrebungen nach Wiederaufrichtung eines polnischen Staates Ausdruck zu geben. Wir sind tief überzeugt, daß nur die Schaffung eines starken, allseitiger Entwicklung fähigen, die Gleichberechtigung aller seiner Bürger gewährleistenden polnischen Staatswesens Europa feste Grundlagen eines dauernden Friedens sichern kann, und daß in Polen denjenigen Mächten, die dieses Werk vollbracht haben werden, ein treuer Bundesgenosse entstehen wird. Siegreiche Schlachten haben das Schicksal Polens in die Hand der Zentralmächte gelegt. Polen gehört zum Westen. Seine Wiederaufrichtung, wagen wir zu behaupten, wird

mit den eigenen Interessen der Zentralmächte im Einklang stehen.

Sie wird ein von der Geschichte geforderter Akt der Gerechtigkeit sein. Der noch immer dauernde Krieg erlaubt vielleicht nicht, heute schon einen Staat mit bestimmten Grenzen, insbesondere nach Osten, zu bilden, doch erheischen die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse gebieterisch die Erlassung eines Staatsaktes, durch welchen die Staatsoberhäupter der Zentralmächte ein selbständiges Polen proklamieren und garantieren. Sodann sollte, soweit die Kriegsereignisse dies irgendwie gestatten, zwecks Schaffung fester, dauernder Grundlagen des polnischen Staatswesens

sofort an die Realisierung dieses Aktes geschritten werden.

Nach unserer Ueberzeugung ist dies durch folgende Maßnahmen zu erreichen:

1. Erneuerung eines Regenten zur Ausübung der vollen Regierungsgewalt auf dem Gebiet des polnischen Staates.
2. Aufhebung der Grenze zwischen beiden Okkupationsgebieten.
3. Die Bildung eines provisorischen Staatsrates aus einheimischen polnischen Elementen der zur Aufgabe hätte a) die Ausarbeitung einer Verfassung, sowie von Gesetzentwürfen, b) Organisierung der polnischen Staatsverwaltung.
4. Die Bildung eines Militärdepartements beim Staatsrate zur Organisierung des künftigen polnischen Heeres, dem die polnischen Legionen als Cadres zu dienen hätten.

Das letzte Moment der Realisierung des polnischen Staatswesens bildet die Proklamierung des polnischen Königs und als endgültige Folge des Wiederaufbaues Polens die

genaue Festlegung der Grenzen

beim Friedensschluß.

Hierauf erwiderte der Reichskanzler:

Meine Herren! Ich habe den Ausdruck Ihrer Wünsche vernommen. Sie begegnen sich in ihrem Endziel mit den Absichten der beiden großen Zentralmächte. Die beiden verbündeten Kaiserreiche, in deren Hände das Schicksal dieses ungeheuren Krieges in weitem Umfange den Besitz des polnischen Landes gelegt, sind gewillt,

einen polnischen Staat unter einem König,

mit polnischer Armee, in festem Anschluß an die Kaisermächte, namentlich auch in militärischer Hinsicht, erstehen zu lassen, einen Staat, innerhalb dessen Grenzen den polnischen Wünschen auf ein nationales, kulturelles und selbständiges Leben der Weg gebahnt werden soll. So lange der Kampf tobt, der alle Lebensverhältnisse erfaßt, wenige Meilen hinter der kämpfenden Front, können

die Grenzen dieses Staates nicht festgesetzt,

damit auch der Staat selbst nicht fertig konstituiert werden. Erst im Frieden kann das Werk, das geschaffen wurde, vollendet werden. Darum ist es mir heute nicht möglich, auf die detaillierten Wünsche, die sie soeben vorgetragen haben, im Einzelnen einzugehen. Aber eines werden Sie während der über ein Jahr langen Zeit, in der wir die Verwaltung eines Teiles des Landes führen, erkannt haben: Wir sind bemüht, nicht nur das Gesamtleben des Volkes wieder aufzubauen, soweit das unter den harten Anforderungen die der Krieg stellt, möglich ist, wir sind auch bestrebt, durch allmähliche Heranbildung der polnischen Selbstverwaltung Einrichtungen zu schaffen und fortschreitend immer weiter auszubauen, die die Grundlage und das feste Gefüge für den Augenblick vorbereiten sollen, wo die Bildung des Staates einmal wird abgeschlossen werden können. Die Vorarbeit, die hier schon jetzt zu leisten ist, muß auf gemeinsamer Tätigkeit im gegenseitigen Einverständnis aufgebaut werden. Ebenso wie unser zukünftiges, freundnachbarliches Verhältnis in der Gemeinsamkeit der großen Ziele des staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens seine Bestimmung finden wird. Voller Vertrauen darauf haben die verbündeten Kaiserreiche ihren Entschluß gefaßt. Sie geben sich der Gewißheit hin, daß das Vertrauen erwidert werden wird. Wir haben dabei die feste Zuversicht, daß die Polen vertrauensvoll ihr Geschick aus den Händen der beiden Kaiserreiche erwarten, und selbst Seite an Seite mit uns an der Sicherung und endgültigen Erreichung des großen Zieles mitwirken werden.

Gott wolle unser Werk zu gutem Ende führen.

Holländische Blätterstimmen.

(W. T. B.) Amsterdam, 7. November. Die meisten Blätter äußern sich skeptisch über die Schaffung des Königreiches Polen. Sie betonen, daß Polen von den Zentralmächten zunächst aus selbstsüchtigen Bewegründen wiederhergestellt worden sei und stellen die Tatsache in den Vordergrund, daß es nicht in seinem ganzen ursprünglichen Umfange wieder hergestellt wurde, sondern daß nur die den Russen entrissenen Gebiete selbständig gemacht wurden. „Allgemeen Handelsblad" schreibt: Die Proklamierung des neuen, selbständigen Polens, daß aber nur im nationalen Sinne selbständig wurde, im übrigen politisch mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbunden sein soll, ist die Krönung der Politik, die darauf ausgeht, Polen als Puffer-staat zwischen die deutschen Länder und dem russischen Kolosse einzuschieben. Das Blatt fährt fort: Die Kanonen donnern noch und werden bei der schließlichen Bestimmung des Landes Polen mitzusprechen haben. Das Manifest der beiden Kaiser ist aber eine historische Tat, die, wie der Weltkrieg auch ausgehen mag, nicht verfehlt einen starken Einfluß auszuüben. Auch in der Weltgeschichte spielt das fait accompli eine Rolle.

Englischer Unterseeboot-Angriff auf ein deutsches Schlachtschiff.

(W. T. B.) London, 6. November. Die Admiralität teilt mit, daß ein britisches Unterseeboot, das in der Nordsee operierte, gestern in der Nähe der dänischen Küste Torpedos auf ein deutsches Schlachtschiff der Dreadnought-Klasse abfeuerte. Das Schiff wurde getroffen, aber die Größe des angerichteten Schadens ist unbekannt.

Eine neue britische Kriegsanleihe.

London, 7. November. Nach der „Times" wird die Ausgabe einer neuen britischen Kriegsanleihe im Januar oder früher erwartet. Die Zeitung befürwortet die Ausgabe einer 4½ prozentigen steuerfreien und 5½ prozentigen steuerpflichtigen Anleihe zum Kurse von 99,50.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191611082/fragment/page=0001

Der Bericht der Oberst'n Heeresleitung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 7. Nov.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Trotz der deutlich erkennbaren Absicht der Engländer, ihre Angriffe gestern fortzusetzen, gelang es ihnen noch nur östlich von Moncourt (Ribaute, die Infanterie zum Verlassen der Gräben zu bringen. Sie wurden sofort zur Umkehr gezwungen. Die englischen Verluste an Toten vom 5. November stellen sich besonders bei den australischen Divisionen als sehr hoch heraus. Auch die französischen Angriffe über das mit Gefallenen bedeckte Gelände sind nur in beschränktem Umfange zur Wiederholung gekommen. Sie erfolgten zwischen Vesdhoeuf und Rancourt abends und nachts und brachen meist schon in unserem Feuer zusammen.

Ein deutsches Fliegergeschwader setzte durch nächtliche Bombenangriffe das große Munitionslager von Cerisy (an der Somme südwestlich von Bray) in Brand. Die langandauernden mächtigen Detonationen waren bis nach St. Quentin hörbar.

Heeresgruppe Kronprinz.

Feuer französischer, im Südteil von Reims stehender Batterien, auf Ortschaften hinter unserer Front wurde von uns erwidert und zur Vergeltung die Stadt Reims beschossen.

Im Maasgebiet keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Die russische Artillerie entfaltete zwischen Dünaburg und dem Narocksee eine, über das gewöhnliche Maß hinausgehende Tätigkeit. Schwache feindliche Angriffe nordöstlich von Godujischki und südlich der Moskauer Straße wurden leicht abgewiesen. Nordöstlich von Berch nahmen wir ohne eigene Verluste einen kleinen russischen Brückenkopf am linken Stochufer und brachten eine Anzahl Gefangene ein.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Im Toelgyes-Abschnitt gewannen die Russen nach mehrfachen vergeblichen Angriffen schließlich an einzelnen Stellen Gelände.

Westlich der Brodya-Bahstraße nahmen wir am Sirin verlorene Linien im Sturm zurück. — Im Abschnitt von Campolung heftiger Artilleriekampf.

Westlich des Tarqulni-Tales unternahmen die Rumänen im Laufe der Nacht schwächst vergebliche Gegenangriffe. — Südöstlich des Roten-Turm-Passes schritt in dir Gegend von Spini unser Angriff günstig vorwärts; der Feind ließ 10 Offiziere, 1000 Mann gefangen in unserer Hand. Auch südlich des Bulkan-Passes machten wir Fortschritte.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist an beiden Fronten im allgemeinen unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Polen.

Von Kaiserl. Anfiedlungskommissar a. D.
Dr. Paul Rohrbach.

Die Wiedererrichtung Polens ist Tatsache geworden! Polen soll nicht mehr unter die russische Herrschaft zurückkehren. Seit zwei Jahrhunderten und länger ist Rußland der Feind Polens gewesen. Die russische Politik unter Katharina II. war es, die durch ihr gewaltsames Bestreben, ganz Polen in seinem damaligem Umfange mit Rußland zu vereinigen, Preußen und Oesterreich um ihrer Sicherheit und Selbsterhaltung willen zu Teilungsbündnissen nötigte. Rußland wollte durch die einfache Angliederung Polens an Moskau seine Grenzen nach Danzig und Polen, nach Krakau und bis an den Karpathenwald vorschieben. Damit wäre Europa schon damals von den Moskowitern erdrückt worden, und es blieb nichts anderes übrig, als wenigstens soviel polnisches Land zu Preußen und Oesterreich, d. h. zu Europa, hinzunehmen, daß möglichst das Gleichgewicht gewahrt blieb. Dies ist die Entstehungsgeschichte der polnischen Teilungen; sie sollten Europa vor Rußland retten.

Nichts anderes ist auch heute der Grund, aus dem die Regierungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn Polen als Königreich wiederherzustellen sich entschlossen haben. „Von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern den russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen", erlassen die beiden verbündeten Monarchen Mitteleuropas das Manifest über das Königreich Polen. Die glückliche polnische Zukunft im staatlichen wie im nationalen Sinne ist ohne Zweifel eine notwendige Vorbedingung dafür, daß der große Entscheidungskampf gute Folgen für alle Beteiligten, auch für uns und unsere Bundesgenossen, zeitigt. Nur wenn die Polen sich einigermaßen wohl fühlen in der Gemeinschaft mit uns, werden sie ein zuverlässiges Element der Stärke Europas gegen den Osten bilden. Die Hauptsache aber ist für die verbündeten Mittelmächte ihre eigene Wohlfahrt. Würde das neue Polen dieser widersprechen, so könnten wir es bei aller Anerkennung für die Berechtigung der polnischen Wünsche vom polnischen Standpunkt aus, doch nicht auch von dem unsrigen gutheißen. Die Sicherheit unseres Staates muß das oberste Interesse unserer Regierung sein. Gerade sie aber fordert unter den politischen Gesamtverhältnissen, in denen wir stehen, sowohl für das Deutsche Reich als auch für Oesterreich-Ungarn den getanen Schritt. Dementsprechend ist er auch in der Erklärung begründet, die in der „Nordd. Allg. Ztg." zu dem Manifest gegeben wird. Wir finden, daß diese Ausführungen des halbamtlichen Blattes in einer glücklichen Stunde entstanden und in ausgezeichneter Weise verfaßt sind. Sie sind vielleicht das Bedeutendste, sowohl in bezug auf die geschickte Form, als auch auf den Inhalt, was bisher der Kriegshetze in der „Nordd. Allg." gestanden hat. Ihren Kern bilden die Worte: „Ueber allem Für und Wider aber steht beherrschend der Satz, daß wir um unserer eigenen Zukunft willen Polen nicht an Rußland zurückfallen lassen dürfen."

In der Tat, das ist das Entscheidende. Nicht immer, so lesen wir weiter, wird ein politisches Geschick uns einen Hindenburg zur Verfügung stellen, trotz der ungünstigsten Grenzen, die Russenflut eindämmen, und um 3 Millionen wächst alljährlich die Bevölkerung des Riesenreichs im Osten. Darum müßten wir die Polen an unserer Seite haben, ihnen die Möglichkeit bieten, sich in einem eigenen Staate an die Mittelmächte anzulehnen und im festen Verbande mit ihnen ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu führen. Der Satz, der hier im Zentrum steht, ist der von den 3 Millionen des alljährlichen russischen Wachstums. Die russische Volkszählung von 1897 ergab insgesamt 125,6 Millionen. Bis 1914 waren sie auf 175 Millionen angewachsen. Das ergibt einen jährlichen Durchschnittszuwachs von 2,9 Millionen Menschen, wobei aber auf die letzten Jahre des halben Menschenalters, das zwischen der Zählung und dem Ausbruch des Krieges liegt, bereits etwas mehr als 3 Millionen kamen. 49 Millionen Zuwachs in 17 Jahren macht 100 Millionen in 30 Jahren, selbst wenn man nur in geringem Maße den hier anzuwendenden Satz von der Zinseszinsrechnung berücksichtigt. Seit dem Kriege von 1870/71 ist ungefähr ein halbes Jahrhundert vergangen. Noch leben viele unter uns, die damals mitgekämpft haben — auch Hindenburg. In abermals 50 Jahren werden viele aus unserer heutigen Jugend, die jetzt im Schützengraben liegt, in hohen Stellungen des staatlichen, militärischen oder bürgerlichen Lebens an der Lenkung der Geschicke Deutschlands beteiligt sein. Ein halbes Jahrhundert ist ein Zeitraum, den der Blick eines lebenden Geschlechts zu umspannen vermag. Ein halbes Jahrhundert aber wird zu der heutigen Volkszahl Rußlands 150, ja 200 Millionen Einwohner hinzufügen — nicht mehr, als das Rußland, mit dem wir heute kämpfen, überhaupt Menschen zählt.

Rußland hat jetzt schon, wo ihm noch große Möglichkeiten der Melioration bevorstehen, allein an brauchbarem Ackerboden sechsmal soviel Land, wie das Deutsche Reich in seinen heutigen Grenzen überhaupt umfaßt. Der russische Acker trägt, auf die Flächeneinheit berechnet, bei durchschnittlich größerer Fruchtbarkeit gegenüber dem deutschen, nur ein Viertel der Frucht, die er tragen könnte, wenn er annähernd so gut bearbeitet würde wie der unsrige. Hier liegen die unermeßlichen Aussichten Rußlands, die uns mit dre äußersten Gefahr des Erdrückwerdens bedrohen, wenn Rußland an Bevölkerung und wirtschaftlich-technischer Leistungsfähigkeit fortschreitet. Die Dreibundertmillionenziffer würde Rußland, wenn sonst alles beim alten bleibt, bereits um die Mitte dieses Jahrhunderts erreichen, zu einer Zeit, die kaum so weit vor uns liegt, wie der Berliner Kongreß, eine der Wurzeln der heutigen russisch-deutschen Feindschaft, hinter uns. Wo würden wir dann mit unserer fallenden, jetzt nur noch 68 Millionen jährlich betragenden Zuwachsrate im Vergleich zu Rußland sein?

All diese vorsorgende Erkenntnis liegt in den beiden Sätzen enhalten: Rußland wächst jährlich um 3 Mill. Menschen: darum darf Polen nicht zu Rußland, sondern es muß zu Mitteleuropa gehören. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten, heißt es in dem Manifest der verbündeten Herrscher an die Polen. Je weiter die Grenzen Polens gegen Rußland gezogen werden, nach solchen Richtungen hin, wo erwartet werden kann, daß das polnische Volkstum eine überlegene assimilierende Kraft erweisen würde, desto wirksamer werden die Grundlagen des russischen Riesenwachstums beschnitten werden. Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede im Frühjahr außer von Polen auch noch von den übrigen Gebieten zwischen den Wolhynischen Sümpfen und dem Baltischen Meer gesprochen und gesagt, daß sie nicht wieder unter die russische Herrschaft zurückkehren sollen. Wir verstehen es und wir bescheiden uns gern, wenn heute aus der Gesamtheit dieser Gebiete nur ein besonders wichtiges, Polen, von der russischen Masse losgerissen wird. Wir warten mit Geduld und mit unbegrenztem Vertrauen auf die weiteren Leistungen unseres Heeres unter Hindenburgs Führung. Wir danken von Herzen dafür, daß Hindenburgs Name in dem Begleitaufsatz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu dem Polenmanifest genannt worden ist.

Daß er dasteht, bürgt uns ebenso sehr, wie der Satz von den drei Jahresmillionen des russischen Wachstums, dafür, daß bei der Abrechnung mit Rußland der Schlußstrich an der Stelle gezogen werden wird, wo es möglich und wo es verantwortbar erscheinen werden wird. Im Voraus können wir sagen, daß niemand im deutschen Volke Widerspruch gegen das Ausmaß erheben wird, das im Zeichen Hindenburgs nach über Polen hinaus für die Verwirklichung des Satzes aus der „Nordd. Allg. Ztg." gefunden werden sollte: „Ueber alle Schwierigkeiten hinweg wird die alte staatenbildende Kraft unseres Volkes das große Ziel erreichen und erreichen helfen." Das große Ziel ist nicht nur das Gedeihen des Königreichs Polen, sondern die Sicherung der Zukunft Deutschlands vor der russischen Gefahr. Diese Sicherung wird, was Polen angeht, umso zuverlässiger sein, je wirksamer wir dafür sorgen, daß die Polen auch innerlich auf die Dauer ihre alte Heimat im Bunde und in der Genossenschaft mit den westlichen Kulturvölkern wiederfinden und die Verlangen, mit denen es jahrelang von der russischen Seite sicher nicht selten wird, kalt zurückweisen. Kälte nach Osten, Wärme nach Westen, diesen Charakter muß die zukünftige politische Temperatur des Königreichs Polen erhalten. Wie weit das der Fall sein wird, das wird außer von der Einsicht der Polen selbst auch von der politischen Wohnlichkeit der Städte, die wir ihnen in Mitteleuropa bereiten, und von dem Beteiligungsdrang abhängen, den wir ihnen gewähren. z.

Die Entwicklung des Grundbesitzes in Kurland.

„Ein merkwürdiges Land, es gibt ja keine Dörfer", sagt jeder, der zum ersten Male nach Kurland kommt. Und es ist richtig, es gibt hier nur Fischerdörfer am Meeresstrande, das ganze übrige Land ist überset mit einzelnen Gütern und Bauernhöfen. Das hat seinen Grund in der geschichtlichen Entwicklung des Grundbesitzes in den baltischen Ostseeprovinzen. Schon als um das Jahr 1200 die ersten Ordensritter und Heidenmissionen in das damals von Liden, Kuren und Semgallern bewohnte Land kamen, wohnten die „Undeutschen" in einzelnen Gehöften. Erst die Deutschen lehrten sie, Städte und Siedelungen anzulegen. Die große Masse der Bevölkerung aber blieb nach wie vor auf dem Lande. Als dann die Ordensburgen erstanden, als das Land in Gebiete zerteilt wurde, die dem Orden oder den Bischöfen gehörten, entwickelte sich hier, wie auch in dem übrigen Europa, ein Fronverhältnis, das später zur Leibeigenschaft der Bauern führte. Ein Besitzrecht des Einzelnen am Grund und Boden gab es zunächst nicht. Dieses bildete sich erst bei der Säkularisirung des Ordens heraus, und zwar gab es fortan zwei Arten von Gütern: bersonliche Domänen und Rittergüter, auch adlige Lehen genannt, und Gesinde. Die Bewirtschaftung dieser Güter war äußerst primitiv. Die Waldbestände wurden nur angegriffen, soweit es der eigene Bedarf an Bau- und Brennholz erforderte. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche aber bestand aus den Hauptgütern und den Bauernhöfen. Von den sogenannten Gesinden. Jeder Bauernhof wurde von einem Leibeigenen beackert. Dafür mußte er einiges an Naturalien an den „Hof" abliefern und außerdem eine der Größe des von ihm genutzten Landes entsprechende Anzahl von Arbeitskräften für das Hauptgut zur Verfügung stellen. So entwickelten sich und blieben die Verhältnisse bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Es wäre noch hinzuzufügen, daß gegen Ende der herzoglichen Zeit auch Bürgerliche das Recht erhielten, Grundbesitz zu erwerben, allerdings nur eine bestimmte Anzahl von kleineren Gütern, die als „bürgerliche Lehen" bezeichnet wurden.

Als in Preußen die Leibeigenschaft durch die Hardenbergsche Reform aufgehoben wurde, brangen die Befreiungsideen auch in die Ostseeprovinzen. Acht Jahre später als in Preußen erfolgte die Aufhebung der Leibeigenschaft in Estkland, 1817 in Kurland, 1819 schloß sich Livland an. Die persönliche Freiheit des Einzelnen wurde durch diese Reform hergestellt. Es blieb aber noch ein Fronverhältnis, die Bauern mußten also nach wie vor Arbeiter für das Gut stellen, hatten jedoch in vollem Umfange in die Höfe, bäuerlichen Besitz zu erwerben und Kaufverträge abzuschließen sowie beschränktes Recht zum Erwerbe von Grundbesitz. Die rechtliche Lage der Bauern war in Kurland rechtlich durch die „Bauernverordnung" von 1807 (in Livland 1819) festgelegt. Sie gestand ihnen u. a. das Recht zu, sich in Gemeinden zusammenzuschließen, die nicht mehr den Gutsbesitzern, sondern der unterer bezirksverwaltung entsprechenden Oberhauptmannschaft unterstanden. An die Spitze der Gemeinde trat die Gemeindeverwaltung, deren Vorsitzender, der Gemeindeälteste, von der Gemeinde gewählt und von der Oberhauptmannschaft bestätigt wurde.

Die Befreiung der Bauern war nicht eine plötzliche, vielmehr wurde sie in fortschreitender Weise in einer Reihe von Jahren verwirklicht. Doch bald stellte sich die Unzulänglichkeit dieser doch nur halben Maßregeln heraus. Die Vollendung der Bauernbefreiung vollzog sich nur langsam, vier Jahrzehnte umfaßte sie (1819—1863). Es muß dabei immer in Betracht gezogen werden, daß die Reform vom Landtage, also von denselben Gutsbesitzer durchgeführt wurde, denen das Land und die Leute gehörten, deren sie sich nun entäußerten. Daher erklären sich auch die schweren Kämpfe, unter denen dieses freiwillige Geschenk der Herren an ihre Knechte zur Welt kam. An der Spitze ging in diesen Neuerungen immer Estkland, Kurland folgte im nächsten Jahre, Livland, die größte der Provinzen, zuletzt, da dort die größere Menge der Stimmberechtigten die Gegensätze verschärfte. Dank der langsameren Entwicklung konnten die Livländer aber aus der von den Schwesterprovinzen geleisteten Vorarbeit Nutzen ziehen, so daß die Gesetzgebung in Livland auch am vollkommensten wurde.

Die Bauernverordnungen von 1856, 1859, 1860 und 1863 geben den Bauern gänzliche persönliche Freiheit und berechtigen sie zum Erwerbe, verpflichten sie auch die Gutsbesitzer, das von den Bauern genutzte Land ihnen zu einem von den einzelnen Kreisen festzusetzenden, äußerst billigen Preise zu verkaufen. Die Bezahlung erfolgt in langjähriger Abzahlung, die für den Bauern so wenig drückend war, daß die meisten Bauernhöfe lange vor der vereinbarten Frist freigekauft waren. Heute gibt es nur ganz vereinzelnd unentgeldliche Gesinde, die noch eine Zahlung an das Stammgut zu leisten haben. Erleichtert wurde den Bauern (Gesindewirten) diese Abzahlung durch die Gründung von Kreditgesellschaften, die ihnen billiges Geld liehen. Ferner wurde noch beschlossen, daß ein bestimmter Teil des Landes sich nur in bäuerlichen Händen befinden dürfe, während 1863 in Kurland und Estkland, 1866 in Livland das Recht zum Erwerbe von Rittergütern für alle Stände freigegeben wurde. Die Größe eines Gesindes schwankt zwischen 60 und 400 preußischen Morgen, im Durchschnitt dürfte sie etwa 120 Morgen betragen. Doch gibt es eine Anzahl von Bauern, die mehrere Höfe besitzen, so daß sich Gesinde von der Größe eines Rittergutes gebildet haben, die bis zu 900 Morgen Acker umfassen.

Aus dieser Entwicklung des Grundbesitzes erklärt sich denn auch das landschaftliche Bild, das der Fremde von Kurland erhält. Um jeden Gutshof liegen die dazu gehörigen Felder und Wiesen, die von den Gesinden und den zum Gute gehörigen Wälde wie von einem Gürtel umschlossen werden. Unterbrochen wird dieses Bild von den zum Teil sehr alten Städten und den Marktflecken, die sich meist in den letzten 40—50 Jahren um die Eisenbahnstationen gebildet haben, die aber von den Landgemeinden noch nicht ausgeschieden worden sind. K. B.

Petrich
Demirhisar
Butkova-See
Belda
Ernekops
Alipsa
Bursuk
Barakli Dzuma
Savjak
Kuprio
Prasnik
Kuriva
Tosunlu
Elesh
Kuplen
Kopitsa
Kopitsa
Kopitsa